



Dieser Artikel wurde ausgedruckt unter der Adresse:
<http://www.tagesschau.de/ausland/nospy-123.html>



Streit über No-Spy-Abkommen

"Der Satz von Merkel bleibt gültig"

Stand: 27.05.2015 18:56 Uhr

Wollten die USA je ein No-Spy-Abkommen? Recherchen von NDR, WDR und SZ ergaben, dass Kanzlerin Merkel wusste, dass es dafür keine US-Zusage gab - doch das Kanzleramt dies dennoch behauptete. Nun wies die Regierung die neuen Vorwürfe zurück.

Die Bundesregierung hat alle Vorwürfe zurückgewiesen, hinsichtlich des No-Spy-Abkommens mit den USA die Unwahrheit gesagt zu haben. Die neue Veröffentlichungen widerlegten die Darstellung der Regierung nicht, betonte ihr Sprecher Steffen Seibert. "Wir fühlen uns bestätigt", erklärte er. Nach wie vor gelte, dass sich die Bundesregierung nach bestem Wissen und Gewissen geäußert habe.

"Grundsätzliche Bereitschaft war erkennbar"

Denn: "Die grundsätzliche Bereitschaft der amerikanischen Seite zu solchen Verhandlungen war der Bundesregierung zuvor in diversen Gesprächen und diversen Kontakten zwischen Vertretern beider Regierungen und ihrer Nachrichtendienste erkennbar geworden."

Bundeskanzlerin Angela Merkel stehe daher weiterhin zu ihrer Äußerung von damals "Ausspähen unter Freunden - das geht gar nicht." Der Satz bleibe gültig, denn er beschreibe ein klares, politisches Ziel, so Seibert.

No-Spy-Abkommen war niemals zugesagt

Tatsächlich behauptete die damalige Bundesregierung nach den Enthüllungen von Edward Snowden im Sommer 2013 monatelang öffentlich, ein Anti-Spionage-Abkommen sei von US-Seite angeboten worden. [Doch nach den jüngsten Recherchen von NDR, WDR und "Süddeutscher Zeitung" \(SZ\) hatten die Amerikaner ein No-Spy-Abkommen niemals zugesagt, sondern lediglich eine Prüfung in Aussicht in gestellt.](#)

Bundeskanzlerin Merkel und der damalige Außenminister Guido Westerwelle von der FDP wussten demnach seit dem 7. August 2013, dass es keine konkrete Zusage der US-Regierung für ein No-Spy-Abkommen gab. Dennoch verkündete der damalige Kanzleramtsminister Ronald Pofalla am 12. August öffentlich, die US-Seite habe eine solche Vereinbarung angeboten.



Multimedia-Dossier

Nach bestem Wissen?

Interne Dokumente zum No-Spy-Abkommen | mehr

Opposition nennt "No-Spy-Abkommen" Märchen

Deshalb verschärft die Opposition die Kritik an der Bundesregierung. Der Vorsitzende der Linkspartei, Bernd Riexinger, sagte, entweder habe die Kanzlerin einen Monat vor den Bundestagswahlen bewusst öffentlich Lügen verbreiten lassen. "Oder sie glaubte an das Märchen eines No-Spy-Abkommens - was abgrundtiefe politische Naivität bedeuten würde."

Beruhigung der Öffentlichkeit

Der Grünen-Fraktionsvize Konstantin von Notz erklärte, Merkel sei für die Manipulation im Bundestagswahlkampf 2013 selbst verantwortlich. Die Öffentlichkeit sollte beruhigt werden, obwohl es keine Aussicht auf ein solches Abkommen gab.

CDU-Generalsekretär Peter Tauber verteidigte dagegen die damalige Merkel-Administration. "Ich glaube, dass die Bundesregierung die feste Absicht und auch die Hoffnung hatte, dass es zu einem solchen Abkommen kommen wird."

[NSA-Spähaffäre: Nie klare Zusage für No-Spy-Abkommen, 26.05.2015](#)

[Multimedia-Dossier: No-Spy-Abkommen - nach bestem Wissen?, 15.05.2015](#)

[Keine Zusage für No-Spy-Abkommen, J. Goetz/C. Deker, NDR | video](#)

[Weltatlas | Deutschland](#)

